



## **JAHRESBERICHT 1995/96**

**Verein der  
Bayerischen  
Chemischen  
Industrie e. V.  
VBCI**

**Verband der  
Chemischen  
Industrie e. V.  
Landesverband  
Bayern**

## Chemieabschluß prägt Tarifrunde '96

---

Der Pilotabschluß für die chemische Industrie wurde am 29. März 1996 in der dritten Verhandlungsrunde in Rheinland-Pfalz getätigt. Noch am gleichen Tage erfolgte die Tarifeinigung in Bayern. Das Tarifergebnis wurde in einem turbulenten tarif- und sozialpolitischen Umfeld erzielt – genannt seien die sehr unterschiedlich verlaufenden Bemühungen um Pakte für Arbeit bzw. Beschäftigung sowie das beabsichtigte „arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz“.

Ein wesentlicher Bestandteil des Abschlusses ist die Erhöhung der Entgelte um 2 %. Zwischen der ursprünglich erhobenen, überzogenen Forderung nach 6 % und dem Abschluß von 2 % liegt ein deutlicher Abstand. Als Richtschnur diente die Inflationsrate. Die Chemie-Marke war Voraussetzung und Schlüssel für die zeitlich nachfolgenden Vereinbarungen mit 1,85 bzw. 1,9 % (Bau, Druck, Papier, Holz und Großhandel in Bayern, Versicherungen).

Ein Spezifikum in der Tarifgeschichte ist sicherlich der Tarifvertrag zur Förderung der Altersteilzeit, der vor Inkrafttreten des geplanten, als Korrelat zum Tarifvertrag dienenden Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand abgeschlossen wurde. Ab dem 55. Lebensjahr sollen danach Arbeitnehmer mit 50 % reduzierter Wochenarbeitszeit für maximal 5 Jahre eine Aufstockung von 40 % auf mindestens 85 % des Nettoentgelts erhalten. Bei den Wiederbesetzungen als Voraussetzung für Zuschüsse des Staates hat man insbesondere auch an junge Arbeitnehmer gedacht.

Ein Bestandteil zur Beschäftigungsförderung besteht in einer Neuregelung des Ausgleichs für Mehrarbeit. In einem Zeitraum von einem Monat ist nun Mehrarbeit zuschlagsfrei durch Freizeit auszugleichen.

Inhalt der Sozialpartner-Vereinbarung vom 29. März 1996 ist ferner ein Solidarpakt sowie eine Initiative zur Standortsicherung und Beschäftigung – als Stichworte seien hier genannt die Förderung von Teilzeitarbeit, die Umwandlung befristeter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, die Einstellung von Langzeitarbeitslosen mit Einstiegstarifen und die Fortsetzung des „Runden Tisches für Arbeitsmarktfragen“.

Der Gesellschafts- und Tarifpolitische Ausschuß unter Vorsitz von *Dr. H. Seidl* befaßte sich vor den Verhandlungen genauso intensiv mit sämtlichen Themen wie der Sozial- und Personalpolitische Ausschuß unter Vorsitz von *B. Gerstenberg*, so daß ein breit gestreuter Meinungsbildungsprozeß auf bayerischer Ebene als Voraussetzung für die Einigung gegeben war. Der SPA ist im übrigen nach wie vor der Ausschuß, der in kurzen, ca. 2monatigen Abständen tagt und alle sozial-, arbeits- und tarifpolitischen Problemkomplexe in einer äußerst offenen und vertrauensvollen Atmosphäre umfassend behandelt.

Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie haben mit dem Abschluß 1996 einen Solidarpakt als Baustein für ein übergreifendes Bündnis für Arbeit zustande gebracht. Eine kritische Phase der Tarifpolitik wurde kreativ bewältigt und ein weiterer Schritt getan, der innerhalb des Chemie-Flächentarifvertrags den Unternehmen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. In dieser Richtung gilt es, fortzuschreiten.

## Zukunft der Tarifautonomie

---

Durch die teils drastisch verschärfte globale Wettbewerbssituation ist das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft in letzter Zeit in verstärktem Maße sehr kritisch beurteilt worden. Insbesondere seit dem Abschluß von Entgelt-Stufentarifverträgen in den neuen Bundesländern mit der Folge einer zu raschen Angleichung der Ost- an die West-Tarife und dem Metallabschluß 1995 wird die Funktionsfähigkeit des Flächentarifvertrags in Frage gestellt. Von „Verbandsflucht“, von „Verhandlungsmonopol“ und „Kartell der Tarifvertragsparteien“ ist die Rede. Organisationspolitische Schwierigkeiten in einzelnen Industrien werden einfach verallgemeinert.

Nüchtern festzuhalten bleibt, daß vielerorts der jeweilige Branchen-Flächentarifvertrag der verschärften internationalen Wettbewerbssituation nicht mehr gerecht werden kann, da er notwendige Flexibilität durch ein zu engmaschiges Netz von Regulierungen erschwert und betriebsspezifische Lösungen unmöglich macht. Deshalb aber die jahrzehntelang zu Recht positiv bewerteten Schutz-, Ordnungs- und Friedensfunktionen des Flächentarifvertrags völlig in Frage zu stellen, ist falsch. Die Verlagerung der Tarifgespräche auf den einzelnen Arbeitgeber hätte eine Atomisierung der Tariflandschaft mit ständigen Auseinandersetzungen auf der betrieblichen Ebene zur Folge – eine ungestörte Produktion und Produktivität des einzelnen Unternehmens würde verhindert, die Frage nach der Standortsicherheit verschärft und Schaden der gesamten Volkswirtschaft zugefügt.

Der Flächentarifvertrag ist für die Lösung des Standortproblems in Deutschland nicht der maßgebliche Ansatz. Vernunft bei den Abschlüssen, Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist gefordert – außerdem der Staat mit einschneidenden Reformen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Das Ziel der Tarifpolitik muß die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sein, um am Standort Deutschland den Bestand der Chemie-Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze zu sichern. Dies ist im Rahmen des Flächentarifvertrags erreichbar, wenn man sich zur Reformnotwendigkeit und -fähigkeit bekennt und dies auch praktiziert. Die Tarif- und die Betriebsautonomie stehen zwar in einem Spannungsverhältnis, schließen sich aber gegenseitig nicht aus. Die von den Chemie-Sozialpartnern beschrittenen Wege mit Differenzierung und Flexibilisierung der tariflichen Arbeits- und Entgeltbedingungen – z. B. der Arbeitszeitkorridor zwischen 35 und 40 Stunden – dokumentieren die Kombination von Rahmenbedingungen mit Ausgestaltungs-kompetenz für die Betriebe. Eine konstruktive Reform des Flächentarifvertrags im Konsens mit der zuständigen Gewerkschaft ist der Weg zu einer zukunftsorientierten Tarifpolitik.

Gerade der Chemietarifabschluß 1996 bezeugt die Entwicklungsfähigkeit im Rahmen des Flächentarifvertrags. Starke, entschlossene und entscheidungsfähige Tarifvertragsparteien können unter Beibehaltung der Vorteile des Flächentarifvertrags geeignete Lösungen sowohl im Interesse der Unternehmen als auch der Beschäftigten vereinbaren. Die Chemie-Arbeitgeber bekennen sich ausdrücklich zum Flächentarifvertrag, bekräftigen aber gleichzeitig, daß die in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der IG Chemie-Papier-Keramik vorgenommenen Weichenstellungen einer Fortsetzung bedürfen.

## Wirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktorentwicklung in der bayerischen chemischen Industrie zeigt 1995 ein unterschiedliches Bild. Nachdem die Prognosen für 1995 zunächst gedämpft optimistisch waren, wurden diese Erwartungen im Durchschnitt der Branche nicht erfüllt. Die bereits in der 2. Jahreshälfte 1994 einsetzende Abflachung bei Umsatz und Export setzte sich verstärkt fort und mündete schließlich in einen Rückgang im 2. Halbjahr 1995. Dies drückte sich auch durch die Beschäftigtenzahlen aus. Nachdem in der Folge der guten Entwicklung Ende 1993 und Anfang 1994 bereits landesweit wieder eine Beschäftigungszunahme zu registrieren war, ist dieser Trend nach der Jahresmitte 1995 zum Stillstand gekommen; zum Jahresende lag die chemische Industrie Bayerns mit 61.200 Beschäftigten wieder unter dem Jahreswert (61.600). Sie setzte 1995 knapp 18,9 Mrd DM um – mit Abstand schlechtester Monat war der Dezember 1995. Im Ausland wurden 8,4 Mrd DM umgesetzt, das entspricht einer Exportquote von 45 %. Der Umsatz, insbesondere aber die Ertragslage, entwickelte sich in konsumnahen Sparten deutlich ungünstiger als in der Grundstoffproduktion. Besonders betroffen von der unbefriedigenden Entwicklung war eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen. Die Produktion in der bayerischen chemischen Industrie dürfte 1995 nochmals leicht gestiegen sein – ein direkter Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist aber wegen der Umstellung der Erhebungsgrundlagen durch die statistischen Ämter (europäische Harmonisierung) nicht möglich. Die Ergebnisse blieben über Fachverbandsgrenzen hinweg hinter den angesetzten Planungen zurück. Der Abstand beim Ertrag und häufig auch bei der Produktivität gegenüber ausländischen Standorten vergrößerte sich weiter. Positive Ergebnisse international tätiger Unternehmen werden heute überwiegend an ausländischen Produktionsstandorten erzielt. Dies führt fast zwangsweise dazu, daß auch die Investitionen den Erträgen folgen. Positiv registriert wurden die Anstrengungen Bayerns zur Verbesserung der Standortsituation – im Freistaat wurden in den letzten fünf Jahren deutlich weniger Arbeitsplätze abgebaut als im Bund.

Die Erwartungen an 1996 sind in der chemischen Industrie weiter gedämpft. Ein Erfolgsrezept der chemischen Industrie ist seit langem das Anbieten von Systemlösungen, kombiniert mit intensiver Beratung. Zu hoffen ist auf eine spürbare Verbesserung im 2. Halbjahr, wobei als Träger dieser Aufwärtsentwicklung besonders das Auslandsgeschäft in Frage kommt. Das Chemiegeschäft im Inland wird geprägt durch die Rezession im Bau und eine nur zögerliche Verbesserung der Wirtschaftslage der anderen Abnehmerbranchen.

Vor diesem schwierigen wirtschaftlichen Hintergrund intensivierte die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie unter Vorsitz von *B. Fritzsche* den internen Dialog der Mitgliedsfirmen; sie beschloß ferner die Einrichtung eines technischen Stammtisches.

Der Landesverband des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie unter Vorsitz von *W. Sassenrath* hat bei vielfältigen politischen Kontakten und durch eine Verbandsbroschüre für Bayern für Ziele und Vorstellungen der Branche verstärkt geworben – die traditionellen Pressefahrten zu Mitgliedsfirmen dienen dem gleichen Zweck.

## Neue Wege im Umweltschutz

„In Bayern bekennen sich die Wirtschaft und die Staatsregierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Sie sind sich bewußt, daß daraus neue Anforderungen für ein verantwortliches Handeln im Umweltschutz erwachsen. Dazu gehört vor allem auch eine verstärkte Kooperation von Staat und Wirtschaft im Sinne einer Umweltpartnerschaft“.

So ist es in der Präambel zum Umweltpakt festgeschrieben, den die Industrie unter maßgeblicher Beteiligung der chemischen Industrie mit der Bayerischen Staatsregierung im Oktober 1995 geschlossen hat.

Im Rahmen dieses Vertrages hat sich die gesamte chemische Industrie Bayerns zu Leistungen im Umweltschutz verpflichtet, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Elf Chemie-Unternehmen haben außerdem die Umsetzung von ganz konkreten Projekten zugesagt. Der VCI wird bei den Mitgliedsfirmen darauf hinwirken, daß dem Gedanken des Responsible Care (Verantwortliches Handeln) Rechnung getragen wird. Der Staat verpflichtete sich seinerseits zu Deregulierung und Entbürokratisierung im Umweltschutz. Mit dem VCI-Landesverband wurde ein Pilotprojekt „zur Stärkung der Eigenverantwortung und zu Erleichterungen im Vollzug des Umweltrechts für Unternehmen, die sich freiwillig einer Umweltbetriebsprüfung (EU-Öko-Audit) unterziehen“, vereinbart. Zu diesem Pilotprojekt sind die entsprechenden Vorarbeiten – drei Ministerien sind eingebunden – mit einem ganzheitlichen Pilotaudit abgeschlossen. Es wurde einvernehmlich ein Substitutionskatalog verabschiedet, in dem auf Basis der Erfahrungen aus dem Pilotprojekt festgestellt wurde, daß Maßnahmen nach der EU-Öko-Audit-Verordnung zu einer Vielzahl von bestehenden gesetzlichen Anforderungen funktional-äquivalent sind.

Eine doppelte Belastung muß also nicht Platz greifen. Unternehmen, die als geprüfter Standort im Rahmen des EU-Öko-Audit-Systems registriert sind, sollen bei Berichts- und Dokumentationspflichten, Kontrollen und Überwachungen durch die Aufsichtsbehörden sowie im Genehmigungsverfahren gleichwertig zur übernommenen Eigenverantwortung entlastet werden. Erste Öffnungsklauseln in der bayerischen Vollzugsbekanntmachung zum Bundesimmissionsschutzgesetz vom Dezember 1995 tragen dem bereits Rechnung. Weitere Möglichkeiten sollen durch die anstehende Novellierung in der Vollzugsbekanntmachung eröffnet werden, ferner sind vergleichbare Regelungen auch in den Vollzugshinweisen zum Wasser- und Abfallrecht zugesagt. Ein Pilotprojekt mit ähnlicher Zielsetzung im Zuständigkeitsbereich der Gewerbeaufsicht ist verabredet.

Wird durch die Anwendung moderner Managementsysteme im Umweltschutz, in der Anlagen- und Arbeitssicherheit in einem ganzheitlichen Ansatz die Eigenverantwortung der Industrie gestärkt, so muß es gelingen, das völlig überfrachtete Ordnungsrecht abzubauen und damit den Standort Bayern wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

Der Vorstand unter Vorsitz von *Dr. W. Simson* hat in vielfältigen Kontakten mit Staatsregierung, Parlament und Verwaltung die Basis für diese Entwicklung geschaffen.

## Aus den Arbeitskreisen

---

Die Bedeutung eines Verbandes basiert auf seiner Kompetenz in gesellschafts- und verbandspolitisch tatsächlich relevanten Fragestellungen. Hier Antworten und Lösungsvorschläge zu entwickeln, ist Aufgabe der Arbeitskreise, in denen Experten aus den Mitgliedsfirmen unverzichtbare Arbeit leisten.

Der Arbeitskreis Umweltfragen unter Leitung von *Dr. H. Gruber* bzw. von *Dr. E. Sommer* ab Oktober 1995 formuliert Verbandspositionen, erarbeitet Stellungnahmen und liefert die Argumentation für Gespräche mit Politik und Verwaltung. Aus dem aktuellen Geschehen genannt seien die Änderung des bayerischen Abfallgesetzes und des Abwasserabgabengesetzes, die bayerische Vollzugsbekanntmachung zum Bundesimmissionsschutzgesetz und die Anlagenverordnung VAwS. Ein Expertenkreis des Verbandes hat auf der Basis einer Analyse von Verwaltungsverfahren vielfältige Vorschläge zu deren Vereinfachung vorgelegt und eine Liste von über 250 Melde- und Dokumentationspflichten zum Umweltschutz und zur Sicherheit mit dem Ziel der Deregulierung zusammengetragen, die derzeit mit Fachleuten aus Behörden diskutiert werden.

Der Arbeitskreis Energiepolitik unter Leitung von *Dr. A. Thalhofer* bzw. von *H. Gehrcke* ab April 1996 bündelt die energiepolitische Interessenvertretung der Mitgliedsfirmen. So belasten hohe Kosten für Strom und Gas in Deutschland – mitverursacht durch die vorhandenen Energieverteilungsstrukturen und in Folge des mangelnden Wettbewerbs – die energieintensive chemische Industrie besonders. Im Arbeitskreis erstellte Ausarbeitungen zum Strompreis in Bayern und eine geplante Übersicht zum Gaspreis sollen den Mitgliedsfirmen helfen – bei der Beurteilung ihrer speziellen Situation genauso wie bei der Durchsetzung ihrer Interessen.

Zusätzliche oder alternative Einsatzmöglichkeiten für nachwachsende Rohstoffe werden durch den gleichnamigen Arbeitskreis unter Leitung von *Dr. H.-G. Smolka* geprüft, dazu kommt der Erfahrungsaustausch über derzeitige Verwendungsmöglichkeiten. Der Verband ist hier kompetenter Ansprechpartner für die Landwirtschaft wie auch für die Politik.

Dies gilt ebenso für den Bereich des Arbeitskreises Kunststoff-Recycling unter Leitung von *Dr. W. Frey*. Auf diesem Gebiet ist – auch als Ergebnis erfolgreicher Aktivitäten – in den letzten Jahren eine gewisse Versachlichung zu konstatieren.

Der neu eingerichtete Arbeitskreis Forschung, Bio- und Gentechnik – Katalyse unter Leitung von *Dr. W. Wäßle* befaßt sich mit Verfahrensinnovationen auf Basis bio- und gentechnischer Methoden und moderner Katalyse. Damit verbunden sind in der Regel auch Vorteile für die Umwelt, z. B. durch Energieeinsparung, verbesserte Rohstoffausnutzung und Abfallvermeidung. Der Arbeitskreis schloß ferner mit einem wissenschaftlichen Symposium zum Thema „Biotechnik/Gentechnik/Katalyse – Innovation bei chemischen Prozessen“ an die sehr erfolgreiche Know-how-Börse von 1995 an und bot interessierten Mitgliedsfirmen die Möglichkeit, sich von ausgewählten Wissenschaftlern über neueste Entwicklungen auf diesen Gebieten informieren zu lassen.

Unter den vielen, auch vielschichtigen Aufgaben des Verbandes spricht der Bereich der Serviceleistungen die Mitgliedsfirmen am unmittelbarsten an. Hier wird Rat, Hilfe und Unterstützung bei drängenden, akuten Firmenproblemen direkt und rasch gewährt. Mündliche wie schriftliche Rechtsberatung und die Prozeßführung vor Arbeits- und Sozialgerichten in individual- wie kollektivrechtlichen Fragen gehören ebenso dazu wie die immer wiederkehrende erläuternde Umsetzung neuer Tarifverträge. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, ganz besonders aber infolge der einschneidenden Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie wir sie im Berichtszeitraum erlebt haben, steigen die Anforderungen aus den Mitgliedsfirmen zusätzlich. Die kritische Auseinandersetzung mit Gesetzesvorhaben, -änderungen und Neuregelungen sowie ihre Aufbereitung zu verständlichen Hinweisen und Empfehlungen erfolgt neben dem Tagesgeschäft, dessen permanenter Kontakt in die Betriebe hinein es ermöglicht, neue Erkenntnisse und vor Ort Erfahrungen einzubeziehen, bis hin zum Erfassen bisher unbekannter Reaktionen von Belegschaftsgruppen und gesellschaftlicher Trends. Neben einem umfangreichen Rundschreibendienst dienen gezielte Informationsveranstaltungen zu aktuellen Einzelthemen ebenso der praxisorientierten Umsetzung wie die Behandlung komplexer Fragen in Führungsseminaren, Personalleiterkreisen, Meistertreffen und Arbeitsrechtseminaren. Besonderes Interesse zeigten die Mitglieder an den Informationsveranstaltungen über sozialrechtliche Folgen der Beendigung von Arbeitsverhältnissen unter Berücksichtigung der neuen Weisungslage der Bundesanstalt für Arbeit sowie über Fragenkomplexe im Zusammenhang mit dem Jahressteuergesetz 1996.

Unpopuläre Maßnahmen, wie sie in schwierigen Zeiten oft unumgänglich sind, verlangen von Unternehmen und Führungskräften Erklärungen. Kompetenz dafür und ein firmenübergreifender Erfahrungsaustausch werden im Kreis der PR-Beauftragten vermittelt, der – ebenso wie der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit – unter Leitung von *Dr. J. F. Kammer* arbeitet.

Eine Branche, die auf Ausbildung verzichtet, verzichtet auf ihre Zukunft! Aus dieser Erkenntnis heraus, aber auch aus sozialer Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die nach einem Ausbildungsplatz suchen, hat der Verband die Mitgliedsfirmen aufgerufen, das Ausbildungsplatzangebot auszuweiten. Die Aktion wurde ein Erfolg. Der Vorsitzende hat sich persönlich dafür eingesetzt. Diese Bemühungen wurden vom Arbeitskreis Berufsausbildung unter Vorsitz von *Dr. H. Hartung* unterstützt.

Der Verband erbringt Serviceleistungen ausschließlich, um die Unternehmen damit zu unterstützen. Andere Zwecke, wie sie verschiedenen, auch kommerziellen Einrichtungen eigen sind, verfolgt er nicht. Der Verband trägt den jeweiligen aktuellen Erfordernissen Rechnung und versucht, möglichst schnell, umfassend und im Detail zu informieren. Die starke Frequentierung durch die Mitgliedsunternehmen ist ihm dabei Bestätigung. Trotzdem, Themen und Umfang werden durch Hinweise und Anfragen von den Mitgliedern bestimmt. Die Mitgliedsfirmen lenken damit auch die Attraktivität ihres Verbandes.

## Gesetzliche Vorhaben, Änderungen und Neuregelungen

---

Zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ gab Bundeskanzler Dr. Kohl am 26. April 1996 eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag. Danach soll der Standort Deutschland attraktiv gemacht, die Belastungen der Wirtschaft abgebaut, Steuern, Abgaben und Lohnkosten gesenkt, überflüssige Regulierungen beseitigt, die notwendigen Innovationen rascher auf den Weg gebracht und die gesamte Arbeitswelt flexibler gemacht werden. Die Zielsetzung stimmt, die Umsetzung stößt auf massiven Widerstand insbesondere der Gewerkschaften. Ohne einschneidende Reformen kann aber weder die zukünftige Finanzierbarkeit unseres sozialen Systems sichergestellt, noch die dringend notwendige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit realisiert werden.

Im vorliegenden Gesetzesentwurf zum „Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz“ ist von grundsätzlicher sozialpolitischer Bedeutung die vorgesehene Absenkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% des regelmäßigen Arbeitsentgelts. Die damit angestrebte Reduzierung der Personalzusatzkosten ist an sich dringend geboten – allerdings kann das geplante Gesetz bei eigenständiger tarifvertraglicher Regelung nicht greifen und verlagert die Thematik auf die Ebene der jeweils zuständigen Tarifvertragsparteien. Die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes soll u. a. die hälftige Anrechnung von arbeitgeberseitigen Abfindungen auf das Arbeitslosengeld festschreiben – dies würde sozialverträgliche Personalanpassungsentscheidungen mit Sicherheit erschweren.

Das geplante „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“ – Grundlage und Voraussetzung für den im Rahmen des Gesamtpakets vom 29. März 1996 abgeschlossenen Altersteilzeit-Tarifvertrag in der chemischen Industrie – soll eine sozialverträgliche Alternative zur bisherigen Frühverrentungspraxis durch die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand schaffen.

Das Jahressteuergesetz 1996 hat ganz erhebliche Umstellungsprobleme und vor allem zusätzliche Kosten verursacht. Die Auszahlung des Kindergeldes wurde auf die Arbeitgeber überwälzt, die damit für den Staat kostenlose Verwaltungsarbeit leisten müssen. Die Reduzierung der Reisespesen führt zu einem minimalen Einspareffekt, bedeutet aber gerade für Arbeitnehmer im Außendienst einen überproportionalen Einkommensverlust und schafft mannigfache Probleme in den Unternehmen. Auch die neue, teilweise exorbitant teurere Fahrzeugbesteuerung hat zu erheblichen Nachfrage-Einbrüchen bei größeren PKW's geführt, trifft damit auch die Zuliefererbranche und wird bei Aufrechterhaltung Arbeitsplätze kosten.

Entgegen den richtig formulierten Zielvorgaben im oben erwähnten „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ steigt die Zahl der Gesetze, die die europäischen Vorgaben in unserem Lande noch verschärfen. Als Negativ-Beispiele seien sowohl das Nachweis-Gesetz wie auch die Änderung des Mutter-schutzgesetzes genannt. Gesetzliche Änderungen bzw. Neuregelungen dürfen aber unter keinen Umständen zu zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft führen, wenn man die Standort-Rahmenbedingungen verbessern will. Dies muß die Richtschnur für alle Aktivitäten sein.

# Gremien 1995 - 1997 (Stand 20. 6. 96)

---

## **Ehrenmitglieder** (VBCI und LV-VCI)

Dr. Walter Gammert, Erlenbach/M. †  
Ekkehard Maurer, Irschenhausen  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

## **Vorstand** (VBCI und LV-VCI)

Dr. Wilhelm Simson, Trostberg (Vorsitzender)

Dr. Jürgen F. Kammer, München  
Dr. Klaus von Lindeiner, München  
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath,  
Oberschleißheim  
Dr. Hans Seidl, Pullach

Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen  
Dipl.-Ing. Johannes Uiterwaal,  
Obernburg  
Dr. Werner Wäßle, Penzberg

## **Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß** (VBCI)

Dr. Hans Seidl, Pullach (Vorsitzender)

Dr. Heinz Artus, Bobingen (bis Dez. 95)  
Dipl.-Ing. Horst Göbel, Neustadt (bis Juli 95)  
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt  
Wil Ernst Huth, Starnberg  
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen

Gerd Keller, Burghausen  
Dr. Kurt Kurre, Töging  
Werner de Roi, Breuberg  
Dr. Walter Schellenberg, München  
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Fritz Wax, Poing

## **Beirat** (LV-VCI)

Dr. Heinz Artus, Bobingen (bis Dez. 95)  
Dipl.-Vw. Holger Böhme, Geretsried  
Günter Frankenne, Nürnberg  
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Landshut  
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen  
Prof. Dr. Johannes Kohl, München  
(bis Nov. 95)

Franz Miller, Augsburg  
Dr. Heinzhorst Möbius, Kelheim  
Dr. Germán Paul, München  
Harald Seeberg, München (bis Sept. 95)  
Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen  
Dr. Günter Syrbe, Burghausen (bis Jan. 96)  
Dr. Eberhard Wachsen, Regensburg

## **Wirtschaftspolitischer Ausschuß** (VBCI)

Dr. Dietrich Buntrock, München  
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt,  
Regensburg  
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm  
Dr. Hans Essler, München  
Horst Gehrcke, Ingolstadt  
Norbert Gunderlach, Ismaning (bis Dez. 95)

Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg  
Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg  
Dr. Michael Rosenthal, München  
Wolfgang Schumann, Geretsried  
Dr. Eberhard Wachsen, Regensburg  
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel,  
München

## **Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)**

Bernhard Gerstenberg, München (Vorsitzender)

Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen	Jochen Müller, Hallstadt
Dipl.-Kfm. Günter Blust, Kirchheim	Mario Ott, Ingolstadt
Dipl.-Kfm. Wolfgang Brunier, Neustadt	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Uwe Dittrich, Töging	Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Dipl.-Kfm. Anton Graf Esterházy, München	Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Assessor Albert Franz, Obernburg	Dr. Erich Schuierer, Burgkirchen
Hubert Friedmann, Penzberg	Lutz Steinmetz, Neu-Ulm
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Rüdiger Fritz, Höllriegelskreuth (bis Nov. 95)	Assessor Friedrich A. Stöhr, Bobingen (bis Sept. 95)
RA Gerhard Grassl, München	Dipl.-Bw. Hermann Straßer, Burghausen
Dipl.-Vw. Stefan Holzamer, Gersthofen	Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg
Assessor Hermann Kahlich, München	Hajo Timpke, Ismaning
Dipl.-Vw. Manfred Klein, Nürnberg	RA Jörg von Uckermann, Wolfratshausen
Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach	Jürgen Uhrhan, Burghausen
Guido Malzkorn, München	

## **Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)**

Dr. Hans Baur, München	Dr. Emil Kinzinger, Neusäß
Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel	Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald
Dr. Friedhelm Finke, Icking	Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Rosenheim	Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg
Dr. Walter Gammert, Erlenbach †	Dr. Walter Ringer, Lenggries
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Dr. Oskar Roscher, Burghausen
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth	Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg
Dr. Werner Kalb, München	Dr. Karl Wamsler, Pöcking
	Dr. Günter Weiland, München

## **Arbeitskreise / Vorsitz**

**Berufsausbildung (VBCI)** Dr. Herbert Hartung, Burgkirchen

**Umweltfragen (LV-VCI)** Dr. Helmut Gruber, Burgkirchen (bis Okt. 95)  
Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen (ab Nov. 95)

**Energiepolitik (LV-VCI)** Dr. Albert Thalhofer, Gersthofen (bis März 96)  
Horst Gehrcke, Ingolstadt (ab April 96)

**Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI)** Dr. Jürgen F. Kammer, München

**Kunststoff-Recycling (LV-VCI)** Dr. Werner Frey, Ismaning

**Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI)** Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

**Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI)** Dr. Werner Wäble, Penzberg

## **Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

## **Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Landshut

## **Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)**

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein

Franz Xaver Völkl

Stv. Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):

Assessorin Christiane Hönig-Achhammer

Assessor Holger Kaiser

Assessor Stefan Mößner

Robert Schuder